

- **Der 75. Jahrestag der Befreiung**
- **Die Corona-Pandemie und die Systemfrage**

Eine RF-Online-Beilage mit Beiträgen von
Bruno Mahlow und Hans Modrow

Inhalt

Bruno Mahlow

**Der 75. Jahrestag der Befreiung
und seine Lehren für heute** **1**

Hans Modrow

**Die Corona-Pandemie und
die Systemfrage** **14**

Der 75. Jahrestag der Befreiung und seine Lehren für heute

„Dieser Tag des Sieges (День Победы!) riecht nach Pulverrauch, ist ein Festtag – mit den Schläfen silbergrau. Diese Freude – mit den Tränen kommt sie auf. Tag des Sieges ...“

День Победы!

Владимир Харитонов (слова)
Давид Тухманов (музыка),

День Победы, как он был от нас
далек,
Как в костре потухшем таял уголек.
Были версты, обгорелые, в пыли, -
Этот день мы приближали как могли.

Дни и ночи у мартеновских печей
Не смыкала наша Родина очей.
Дни и ночи битву трудную вели -
Этот день мы приближали как могли.

Здравствуй, мама, возвратились мы
не все...
Босиком бы пробежаться по росе!
Пол-Европы, прошагали, пол-Земли,
- Этот день мы приближали как
могли.

Этот День Победы
Порохом пропах,
Это праздник
С сединою на висках.
Это радость
Со слезами на глазах.
День Победы!
День Победы!
ДеньПобеды!

Tag des Sieges

Text: Wladimir Charitonow
Musik: David Tuchmanow

Dieser Tag des Sieges war so weit von uns
entrückt,
Glimmte in der Asche, wie ein Kohlestück.
Viele Wersten, durch den Staub und durch
den Brand –
Diesen Tag erkämpften wir mit allerKraft!

In den Werken, an den Öfen Tag und
Nacht Hat das Heimatland kein Auge
zugemacht. Tage, Nächte führten wir die
große Schlacht –
Diesen Tag erkämpften wir mit allerKraft!

Grüß dich Mama, sind nicht alle wir zurück
...
Barfuß durch den Tau zu laufen – welches
Glück!
Halb Europa, halbe Welt durchquert im
Marsch –
Diesen Tag erkämpften wir mit aller Kraft!

Dieser Tag des Sieges
Riecht nach Pulverrauch,
Diese Feier –
Mit den Schläfen silbergrau.
Diese Freude –
Mit den Tränen kommt sie auf.
Tag des Sieges!
Tag des Sieges!
Tag des Sieges!

Übersetzung: Swetlana Galas

Dies sind Zeilen aus einem sowjetischen Lied, das 1975 – viele Jahre nach dem Sieg im Großen Vaterländischen Krieg entstand. Der Text ist von Wladimir Charitonow¹, der einige Jahre am Moskauer Institut für Internationale Beziehungen studierte, dem Institut, das ich 1961 absolvierte.

Das Lied ist den immensen Leistungen der Völker der Sowjetunion im opferreichen Großen Vaterländischen Krieg an den Fronten und im Hinterland gewidmet. Und weder rein nüchterne Zahlen noch – und erst recht nicht – Geschichtsfälschungen können die historische Wahrhaftigkeit dieses Bildes aus der Welt schaffen.

Zu den Eigenarten historischer Daten gehört, daß man deren Würdigung oft und vor allem an ihrem Höhepunkt, an den Siegen, d. h. an ihrem Ende, ansetzt. Vieles historisch Wertvolle an Fakten und Lehren sowie Zusammenhängen kann dabei verlorengelassen oder in Vergessenheit geraten. Ein Gedenkjahr wäre daher wohl sinnvoller als ein einzelner Gedenk- oder Feiertag.

Aus diesem Grunde möchte ich – wenn auch nur thesenhaft – an einige Seiten der Vorgeschichte des 2. Weltkriegs erinnern – beginnend mit der Oktoberrevolution 1917, ihrer weltverändernden Rolle, dem Aufbruch nicht nur in gesellschaftliches Neuland, sondern auch in eine neue Dimension des Kampfes um den Frieden. Denn an ihrem Anfang stand das „Dekret über den Frieden“² – ein Appell für den Frieden, ein Aufruf zu einem Frieden ohne Annexionen und Kontributionen. Sowjetrußland und später die UdSSR strebten nach friedlichen Beziehungen und gleichberechtigter wirtschaftlicher Zusammenarbeit.

Die vom Versailler Vertrag wesentlich eingeschränkten Freiräume Deutschlands und die Isolation Sowjetrußlands boten beiden Ländern die Möglichkeit, ihre gegenseitigen und zugleich gegensätzlichen Interessen pragmatisch zu verfolgen.

Davon zeugen die Konferenz von Genua (1922)³ und das Handelsabkommen von Rapallo⁴ (1922) – mit der Erkenntnis, daß die westlichen Staaten ihre eigenen und die gegenseitigen Widersprüche zugunsten eines gemeinsamen Kampfes gegen den jungen sozialistischen Staat zurückstellen konnten, während die Sowjetunion versuchte, nicht nur der Einkreisung zu entgehen, sondern konstruktive Wege für eine friedliche Entwicklung in Europa zu sichern. In den Jahren 1925 bis 1927 schloß

¹ Wladimir Gawrilowitsch Charitonow (24. Juni 1920–14. August 1981), sowjetischer Dichter, Frontkämpfer im Großen Vaterländischen Krieg, studierte am Institut für Internationale Beziehungen (1946–48) und am Maxim-Gorki-Literaturinstitut (1950) in Moskau

² Dekret über den Frieden, von W. I. Lenin ausgearbeitetes erstes Dekret der neuen, im Zuge der Oktoberrevolution gebildeten Regierung. Führt zu Friedensverhandlungen zwischen Rußland und Deutschland und zum Friedensvertrag von Brest-Litowsk 1918

³ Konferenz von Genua (10. April–19. Mai 1922) – unter Beteiligung aller am 1. WK beteiligten Staaten – ohne USA. Befaßte sich mit Fragen der Wiederherstellung des internationalen Wirtschafts- und Finanzsystems

⁴ Vertrag von Rapallo (16. April 1922) – völkerrechtlicher Vertrag zwischen dem Deutschen Reich und der Russischen Sozialistischen Föderativen Sowjetrepublik, unterzeichnet von den Außenministern W. Rathenau und G. Tschitscherin

sie mehrere Verträge mit einigen europäischen Staaten wie bereits 1926 einen Neutralitätsvertrag mit der Weimarer Republik⁵.

Mit der Weltwirtschaftskrise kam es zu einem Erstarren reaktionärer und faschistischer Kräfte. Die Bedrohungslage erforderte neue Initiativen im Interesse eines kollektiven Sicherheitssystems. Die Sowjetunion blieb aber die einzige Kraft, die sich für ein energischeres und abgestimmtes Vorgehen gegen die faschistischen Aggressionen einsetzte. Die westlichen Verhandlungspartner reagierten hingegen zunehmend mit Zugeständnissen und später sogar direkt zusammenwirkend mit den Aggressoren wie 1938 mit dem Münchener Abkommen⁶. Noch im August 1939 lehnten die britischen und französischen Verhandlungspartner den sowjetischen Vorschlag für ein gemeinsames Vorgehen gegen Hitlerdeutschland ab und ließen damit die Sowjetunion mit ihren Entscheidungen allein.

Entgegen der Haltung einiger heutiger Historiker und Politiker trat die Sowjetunion in der Tat von Anfang an und erst recht in der 30er Jahren für ein Europa in Frieden und Sicherheit und für eine breite partnerschaftliche Zusammenarbeit ein. Dazu faßte das Zentralkomitee der KPdSU noch im Dezember 1933 einen entsprechenden Beschluß⁷, mit dem der Abschluß eines Vertrages zur gegenseitigen Verständigung im Falle einer Aggression angestrebt wurde. Die starken sollten den schwächeren Staaten Sicherheit garantieren.⁸ Die Wiederaufrüstung Deutschlands und das Münchener Abkommen mit Nazideutschland von 1938 wären so auf einen viel aktiveren und kollektiven internationalen Widerstand gestoßen. Denn mit gleicher Orientierung verhandelte die Sowjetunion auch mit den Westmächten. Wie war jedoch deren Reaktion? Italien marschierte 1935 in Abessinien (heute Äthiopien) ein⁹, 1936 folgte in Spanien der Militärputsch gegen die demokratisch gewählte Volksfrontregierung, der vom Westen mit seiner „Nichteinmischungshaltung“ unterstützt wurde. Und im Fernen Osten überfiel Japan das im Bürgerkrieg stehende China und provozierte bewaffnete Konflikte gegen die Mongolei und die UdSSR, für die dieses Vorgehen zu einer akuten Bedrohung ihrer südöstlichen Grenzen wurde.

⁵ Berliner Vertrag (24. April 1926) - zwischen Weimarer Republik und UdSSR geschlossener Freundschaftsvertrag mit Vereinbarungen über Handel, militärische Zusammenarbeit und Neutralität seitens der Weimarer Republik im Falle eines Krieges zwischen der Sowjetunion und einem Drittstaat

⁶ Münchener Abkommen (29. September 1938) – Abkommen zwischen Deutschland, dem Vereinigten Königreich, Frankreich, und Italien infolgedessen die Tschechoslowakei das Sudetenland an das Deutsche Reich abtreten mußte

⁷ „Beschluß über die Entfaltung des Ringens um die kollektive Sicherheit“ (Dezember 1933) – Ziel u. a. Aufnahme in den Völkerbund, Abschluß eines regionalen Pakts über gegenseitige Unterstützung durch einen Großteil europäischer Staaten – s. a. Geschichte der Außenpolitik der UdSSR 1917–1966 (russ. – erschienen in Moskau 1966 –, Bd. I, Seite 279: «Постановление ЦК ВКП (Б) о развертывании борьбы за коллективную безопасность»)

⁸ Vgl. Anton Latzo in „UZ“ v. 20. März 2020 „Krimkonferenz und Europa“

⁹ Abessinienkrieg (2. Oktober 1935 – 9. Mai 1936)- völkerrechtswidriger Eroberungskrieg des faschistischen Italien gegen das Kaiserreich Abessinien (heutiges Äthiopien) mit anschließender Annexion (1936–1941)

Klassenkampf und Staatspolitik

An diesem Punkt komme ich nicht umhin, auf den Zusammenhang zwischen dem klassenpolitischen und dem außenpolitischen Kampf im Ringen um Frieden hinzuweisen, der für die Sowjetunion als Staat in der Außenpolitik und für die KPdSU als führende Partei in der Komintern mit vielen neuen strategischen und taktischen Erfordernissen verbunden war. Es wurden Verträge mit imperialistischen Staaten abgeschlossen und gleichzeitig Positionen und Interessen der Arbeiter in diesen Staaten und deren Unterstützung für die Sowjetunion nicht in Frage gestellt.

Dazu – und weil diese Erkenntnisse für das Begreifen des deutsch-sowjetischen Nichtangriffsvertrages von 1939 und anderer, auch gegenwärtiger Ereignisse lehrreich und aktuell bleiben – möchte ich eine Passage aus dem Bericht Palmiro Togliatti¹⁰ auf dem VII. Weltkongreß der Komintern 1935 zitieren – zumal es hier auch um das Verständnis für Prioritäten und für dialektische Zusammenhänge, um Unterscheidungen zwischen den Haupt-Kriegsbrandstiftern und dem Hauptfeind der Arbeiterklasse im jeweiligen nationalen Rahmen geht. Zitat: „Unserer revolutionären Strategie und folglich auch unserem konkreten Kampf gegen den Krieg legen wir eine Konzentration der Kräfte gegen die japanischen Militaristen zugrunde, die die Sowjetunion an den Ostgrenzen mit einem Überfall bedrohen und die Errungenschaften der chinesischen Revolution zu vernichten trachten. Wir konzentrieren das Feuer auf den deutschen Faschismus, diesen Hauptkriegsbrandstifter in Europa. Wir sind bemüht, alle Verschiedenheiten, die in den Positionen der einzelnen imperialistischen Mächte bestehen, auszunutzen. Wir müssen sie im Interesse der Verteidigung des Friedens geschickt ausnutzen und dabei keine Minute vergessen, daß der Schlag gegen den Feind im eigenen Land, gegen den ‚eigenen‘ Imperialismus gerichtet werden muß.“¹¹

Wann begann der 2. Weltkrieg?

Gewöhnlich wird der Beginn des 2. Weltkriegs auf den September 1939 und den Überfall Hitlerdeutschlands auf Polen datiert. Die Vorgeschichte, wie das Münchener Abkommen 1938 und die Geschehnisse im Fernen Osten, wird dabei außer acht gelassen. Es handelt sich um einen Weltkrieg, der sechs Jahre dauerte und

10 Palmiro Togliatti (26. März 1893 – 21. August 1964), italienischer Politiker, 1937–1939 Angehöriger des Garibaldi-Bataillons im Spanienkrieg, Generalsekretär der KP Italiens

¹¹ Zitat entnommen aus „Unsere Zeit“ v. 23. August 2019 „Der deutsch-sowjetische Nichtangriffsvertrag 1939 – Notwendiger Zeitgewinn“. Von Kurt Baumann

am 2. September mit der Kapitulation Japans endete. Er erfaßte 61 Staaten und 1,7 Milliarden Menschen – 80 Prozent der damaligen Erdbevölkerung; 110 Mio. Menschen unter Waffen, 70 Mio. unmittelbare Kriegsoffer (Tote), davon 45 Mio. in Europa, chinesische Regierungsquellen nennen 35 Mio. bis 40 Mio. Opfer.

Im Fernen Osten begann ebenfalls frühzeitig die Vorbereitung auf einen neuen Weltkrieg. Auch darauf ging Palmiro Togliatti 1935 auf dem VII. Weltkongreß der Komintern ein.

1927 verkündete der japanische Premier Tanaka¹² im Rahmen der am 27. Juni in Tokio eröffneten „Ostkonzferenz“¹³ sein Memorandum, in dem er u. a. Leitlinien zur Eroberung Asiens – beginnend mit der Mandschurei/Chinas – und später weiterer Teile der Welt formulierte.¹⁴ Darin hieß es u. a.: „... um die Welt zu erobern, müssen wir zuerst China erobern. Wenn es uns gelingt, China zu erobern, werden alle Länder Kleinasiens, Indien sowie die Länder der südlichen Meere Furcht vor uns bekommen und vor uns kapitulieren. Die Welt wird dann begreifen, daß Ostasien unser ist... und wird es nicht wagen, uns unsere Rechte streitig zu machen ... (...) ... dann beginnen wir mit der Eroberung Indiens, der Länder der südlichen Meere, und danach Kleinasiens, Zentralasiens und schließlich Europas.“¹⁵ Um Verbündete im Kampf um die Welteroberung zu gewinnen, nutzte die japanische Führung das Streben Deutschlands nach Revanche für seine Niederlage im 1.

Weltkrieg und nach Revision des Versailler Diktats und schloß eine japanisch-deutsche Vereinbarung zur Bekämpfung des Kommunismus – den sogenannten „Antikominternpakt“ vom 25. November 1936, dem später auch Länder wie Italien, Ungarn, Finnland usw. beitraten.

Am 7. Juli 1937 begann Japan seine Invasion Chinas unter dem Motto der Bildung einer „Großen Sphäre ostasiatischen sozialen Aufblühens“ unter Einschluß der anderen asiatischen Staaten und des sowjetischen Fernen Ostens. Ab Mai 1939 tobten blutige Kämpfe am Chalchin Gol¹⁶, wobei Japan zunächst die Mongolei zu erobern trachtete, das aber mit der Sowjetunion verbunden war. Besonders hart waren die Kämpfe am 21.–22. August 1939, gerade als die Verhandlungen zwischen

¹² Danshaku Tanaka Giichi (22. Juni 1863 – 29. September 1929) – General, Politiker, Premierminister Japans von 1927–1929

¹³ Ein Ergebnis dieser Konferenz war das „Programm der Politik gegenüber China“ v. 7. Juli 1927

¹⁴ Obwohl die Echtheit des sog. Tanaka-Memorandums angeblich bis heute nicht erwiesen ist, deckt sich sein Inhalt weitestgehend mit der historisch erwiesenen Expansionspolitik Japans

¹⁵ Zitiert/übersetzt aus dem Russischen: «...для того, чтобы завоевать мир, мы должны сначала завоевать Китай. Если мы сумеем завоевать Китай, все остальные малоазиатские страны, Индия, а также страны Южных морей будут нас бояться и капитулируют перед нами. Мир тогда поймет, что Восточная Азия наша, и не осмелятся оспаривать наши права... Овладев всеми ресурсами Китая, мы перейдем к завоеванию Индии, стран Южных морей, а затем к завоеванию Малой Азии, Центральной Азии, и наконец Европы...». Quelle: IA Regnum. Ru vom 1. Februar 2020, russ. <https://regnum.ru/news/polit/2846439.html>

¹⁶ Kämpfe im Rahmen des sog. Japanisch-sowjetischen Grenzkonflikts 1938/39

Moskau und Berlin liefen. Am 15. September 1939 wurde zwischen der UdSSR und Japan Waffenstillstand vereinbart, am 13. April 1941 schloß die Sowjetunion einen Neutralitätspakt mit Japan, der mit dem Überfall Hitlerdeutschlands auf die UdSSR eine harte Prüfung zu bestehen hatte, denn Hitler war sehr daran gelegen, Japan in einen Feldzug gegen die Sowjetunion im Fernen Osten einzubinden.

Hitler machte keinen Hehl draus, daß alles, was er tue, gegen Rußland gerichtet sei, „... wenn der Westen zu dumm und zu blind ist, um das zu begreifen, bin ich gezwungen, mich mit den Russen zu verständigen, den Westen zerschlagen, um danach, nach seiner Zerschlagung, mit konzentrierter Kraft gegen die Sowjetunion vorzugehen. Ich brauche die Ukraine, damit wir nicht wieder dem Hunger ausgesetzt werden, wie im letzten Krieg.“¹⁷ Damit wollte sich Hitler entsprechende Freiräume gegenüber Polen und dem Westen schaffen. Aber dies kann nicht als Ursache für den Überfall und für den Beginn des 2. Weltkriegs angesehen werden. Eher wollte er sich den Rücken gegenüber der UdSSR freihalten.

Die Sowjetunion erfüllte ihre im Rahmen der Koalition eingegangenen Verpflichtungen und leistete zwei Monate nach dem Sieg in Europa einen entscheidenden Beitrag zur Zerschlagung der 6. Japanischen Kwantungarmee und der Befreiung der Mandschurei und damit auch zur Unterstützung der chinesischen Truppen.

Deutschland trat nicht zuletzt wegen der folgenschweren Auswirkungen des Versailler Vertrages erst 1939 direkt in den Weltkrieg ein. Als Grund für den Überfall auf Polen nutzte Hitler das „Problem Danzig“, das nach dem Versailler Vertrag an Polen ging, womit Deutschland in zwei Teile zerfiel.

Man kann den 2. Weltkrieg nicht nur eurozentristisch beurteilen, man muß ihn auch global einordnen. Dies bewahrt einen auch davor, Geschichtsfälschungen auf den Leim zu gehen – seitens des Westens oder auch Polens – und vor allem historische Zusammenhänge in ihrem gesamten Ausmaß zu verkennen.

Die Konferenz von Jalta

Zum 75. Jahrestag gehört auch die Konferenz von Jalta im Februar 1945, auf der Stalin, Churchill und Roosevelt die Grundlagen für eine Nachkriegsweltordnung festlegten. Darin besteht ihr Wert in der Geschichte. Damals dominierte die

¹⁷ Zitiert/übersetzt aus dem Russischen: «Всё, что я делаю, направлено против России; если Запад слишком глуп и слеп, чтобы понять это, я буду вынужден договориться с русскими, разбить Запад, и затем, после его разгрома, концентрированными силами обратиться против Советского Союза. Мне нужна Украина, чтобы нас не уморили голодом, как в последней войне». Gespräch mit Carl Jacob Burckhardt (Hoher Kommissar in Danzig) am 11. August 1939, Quelle: IA Regnum.Ru vom 1. Februar 2020, russ. <https://regnum.ru/news/polit/2846439.html>

Stimmung, es gäbe Chancen für ein Ergebnis. Heute gibt es hingegen Stimmungen, die Jalta als unglücklich in Zweifel stellen. Es geht dabei vor allem um solche politischen Kräfte, die aktiv dabei sind, alle Ergebnisse um Jalta, Potsdam und der Nachkriegsordnung zu revidieren. Daß die Konferenz der drei aus der Antihitlerkoalition überhaupt und dann noch auf sowjetischem Boden in Jalta stattfand und mit Ergebnissen endete, ist vor allem dem Vormarsch der Sowjetarmee, der wachsenden internationalen politischen Rolle der UdSSR und ihrer Diplomatie zu verdanken.

Weder Roosevelt noch Churchill waren zunächst für ein Treffen in Jalta. Roosevelt präferierte Malta, Churchill Schottland. Doch die Sowjetunion zeigte sich als Siegermacht im 2. Weltkrieg und dies allen Versuchen, ihr diesen Sieg streitig zu machen, zum Trotz. Die meisten Vorschläge der UdSSR wurden angenommen, auch jene, die sich auf die Interessen anderer Staaten bezogen. So erhielt Polen zwei Drittel des Territoriums Ostpreußens. Die heutige politische Elite Polens, die besonders schamlos Geschichtsfälschung betreibt, sollte auch daran erinnert werden. Wie auch generell daran erinnert werden sollte, daß die Menschheit nun bereits einige Jahrzehnte vor einem globalen Krieg bewahrt bleiben konnte.

Auch die Organisation der Vereinten Nationen, die UNO, die erst einige Zeit später gegründet wurde, ist ohne die prinzipiellen Beschlüsse von Jalta nicht vorstellbar.

Bei aller Unvollkommenheit ihrer Mechanismen wäre ohne sie die Welt schon voll unter der Fuchtel der US-Herrschaft, und eine multipolare Welt bliebe Illusion.

Es bleibt also dabei, daß es vor allem gelungen ist zu zeigen, daß in ihren Positionen und Interessen sowie geographisch weit voneinander entfernte Staaten im Rahmen einer Realpolitik durchaus verhandeln und zu Ergebnissen gelangen können.

Es gilt, Prioritäten zu setzen und so manches für später aufheben zu können. Dazu bedürfen heute eine Reihe von Politikern und Staaten geschichtlichen und realpolitischen Nachhilfeunterrichts. Dann könnte auch der Vorschlag Putins für ein Treffen der ständigen Mitglieder des UN-Sicherheitsrates umgesetzt werden.

Aber gelingen kann das nur, wenn man aus den folgenschweren Ereignissen vor dem 2. Weltkrieg und den opferreichen Kriegsjahren die richtigen Lehren zieht. Sicherheit kann vom Aggressor nicht erbettelt oder mit ihm ausgehandelt werden. Allgemeine, kollektive Sicherheit bedarf gemeinsamer Anstrengungen und kann nicht auf Kosten anderer Staaten erreicht werden.

Für das heutige Rußland sind militärische Stärke und moderne Streitkräfte unerlässlich, um vor allem gegenüber dem Westen und der NATO seine politische Eigenständigkeit und Souveränität zu wahren und zu demonstrieren. Die einseitigen Zugeständnisse der Gorbatschow- und Jelzin-Ära waren bittere Lehren für das Land. Auch Vertreter der Linken sollten nicht so naiv sein, von Rußland oder China einseitige Abrüstungsschritte zu verlangen bzw. zu verlangen, sie sollten auf die Stärkung ihrer Verteidigungsfähigkeit verzichten. Nach Jalta konnte die militärstrategische Konfrontation zum großen Teil auf eine nichtmilitärische Bahn gelenkt werden. Es bildete sich eine bipolare Welt heraus, mit einem Fundament, auf dem ein globaler Krieg, die Umwandlung des kalten Krieges in einen heißen, verhindert werden konnte. Nach dem Zerfall der UdSSR begannen insbesondere die USA und in ihrem Gefolge auch andere NATO-Staaten, das in Jalta und Potsdam geschaffene System der internationalen Beziehungen zu zerstören. Der Menschheit sollte eine Pax Americana aufgezwungen werden. Dieser unipolare Herrschaftsanspruch wird aber nicht widerspruchslos an- bzw. hingenommen. Versuche der USA, ihre globale Macht aufrechtzuerhalten, stellen ein gefährliches Spiel am Rande eines 3. Weltkriegs dar.

Einmal mehr gilt es dabei, die Mechanismen der internationalen Politik, die in Jalta geschaffen wurden, nicht zu zerstören. Zu ihnen gibt es z. Zt. keine Alternative, und erst recht wäre das USA-Modell dafür denkbar ungeeignet. Eine andere Frage ist, daß die veränderte Weltlage gewisse Korrekturen bzw. eine zeitgemäße Vervollkommnung der bestehenden Strukturen in den internationalen Beziehungen auf die Tagesordnung stellt.

Die Staatsduma der Russischen Föderation nahm am 14. April 2020 das Gesetz über die Verschiebung des Tages der Beendigung des 2. Weltkrieges vom 2. September auf den 3. September an. Der bisherige Tag der Beendigung des 2. Weltkrieges als Tag der Erinnerung wird abgeschafft. Bei der Begründung des Gesetzentwurfs wurde auf den entscheidenden Beitrag der UdSSR zum Sieg über den japanischen Militarismus verwiesen. Der 3. September war dementsprechend zu Zeiten der Sowjetunion laut Erlaß des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR Feiertag des Sieges über Japan. In den beigefügten Begründungspapieren wird auf die Festigung der historischen Grundlagen und patriotischen Traditionen, die Wahrung der historischen Gerechtigkeit gegenüber den Siegern im 2. Weltkrieg und

die würdige Erinnerung der bei der Verteidigung des Vaterlands Gefallenen verweisen. Der 3. September als Tag der Beendigung des 2. Weltkriegs symbolisiert den Übergang vom Kriegszustand zum Frieden, zur Erschließung von Wegen zur Versöhnung und Zusammenarbeit.

Politisch instrumentalisierte Geschichtsfälschung, „Entsorgung“ und Gedächtnisverlust

Kampagnen zur Umdeutung der Geschichte und bewußte Geschichtsfälschung erfassen sowohl Ursachen, Quellen und Ziele des Krieges und damit auch die Verantwortung für den Ausbruch, den Verlauf und die Ergebnisse des Krieges. Immer weniger Menschen können sich heute als Zeitzeugen des 2. Weltkrieges und der unmittelbaren Nachkriegsentwicklung und an den Auseinandersetzungen um die Deutungshoheit historischer Ereignisse aktiv beteiligen. Um so wichtiger sind daher historische Dokumente, seriöse und objektive Geschichtswerke und z. T. auch Zeitzeugen – gerade in unseren Zeiten anhaltender Meinungsmanipulation, von Gedächtnisverlust und Schocktherapien. Alle Schocktherapien – so Naomi Klein in ihrem beachtlichen Buch „Die Schockstrategie. Der Aufstieg des Katastrophenkapitalismus“ – legen Wert auf das „Auslöschen der Erinnerung“.¹⁸ Damit haben wir auf der einen, der westlichen Seite, das Verständnis von Krieg als eine Art Naturereignis, das begann und ein Ende fand, verbunden mit Fälschungen und ahistorischen Umdeutungen entsprechend dem politischen Zeitgeist. Schon vergessen, daß die Mehrheit der UN-Mitgliedstaaten 2009 feststellte, daß der Kampf gegen die Nazidiktatur zum Welterbe der Menschheit gehört?

Auf der anderen Seite, der der Völker der zur UdSSR gehörenden Republiken, insbesondere der Russischen Föderation, steht die Position: Nichts und niemand darf vergessen werden!

Es ist hier nicht der Platz, um auf alle Lügen einzugehen, zumal manche von ihnen bereits seit Jahrzehnten existieren. Einige indes finden besondere Verbreitung in der jüngsten Geschichte und strotzen förmlich vor Revisionismus und Verblendung. Davon zeugen die höchst antikommunistischen Resolutionen der Parlamentarischen Versammlung des Europarates (Januar 2006) und der Parlamentarischen Versammlung der OSZE (Juli 2009) sowie die wiederkehrenden haltlosen Lügen und Verleumdungen polnischer und baltischer Politiker und Medien. Der 23. August,

¹⁸ Naomi Klein (kanadische Journalistin): Die Schock-Strategie. Der Aufstieg des Katastrophen-Kapitalismus. Aus dem Engl.; S. Fischer, Frankfurt am Main 2007, ISBN 978-3-10-039611-2, Seite 654

der Tag des Abschlusses des Nichtangriffspakts zwischen der Sowjetunion und Deutschland, wird zum Tag der Opfer des Faschismus und Stalinismus erklärt (und verklärt). Damit bereitete man den Nährboden für die ahistorische Haltung, daß die Sowjetunion gleichermaßen wie Deutschland für den Ausbruch des 2. Weltkriegs verantwortlich zu machen sei. Dies befeuert auch die kontinuierliche Propagierung des Feindbildes Rußland und die anhaltende Russophobie. Zur weiteren Untermauerung soll in der Bundesrepublik Deutschland ein „Denkmal für die Opfer des Kommunismus“ errichtet werden.

Die inhaltliche Richtlinie dazu wird mit der „Entschließung des Europaparlaments zur Bedeutung des europäischen Geschichtsbewußtseins für die Zukunft Europas“ vom 19. September 2019 vorgegeben. Ahistorisch, an Volksverhetzung und Beschönigung bzw. Relativierung nazistischen Gedankenguts kaum zu überbieten, wird dort behauptet, der 2. Weltkrieg sei die unmittelbare Folge des zwischen Nazideutschland und der Sowjetunion abgeschlossenen Nichtangriffspakts. Die Sowjetunion, ihre Völker und Soldaten werden mit dem faschistischen Hitlerregime, und die Naziideologie wird mit dem Kommunismus/Sozialismus gleichgesetzt. Aber: Die Verbrechen der Deutschen auf dem Territorium der UdSSR, die verbrannte sowjetische Erde, die Blockade Leningrads, die Tausenden niedergebrannten belarussischen Ortschaften, zig Tausende Waisen, die Zerstörung von Industrie, Infrastruktur, landwirtschaftlichen Flächen, Hunger, Vergewaltigungen, die Ermordung der Bevölkerung durch Wehrmacht und Waffen-SS – all das spielte für das „Geschichtsbewußtsein“ der o. g. Entschließung des Europaparlaments keine Rolle, wird verschwiegen, ausgeblendet. Offenbar hält man diese Verbrechen für rechters. Kein Wort über die 27 Mio. Opfer – mehr als die Hälfte davon Zivilbevölkerung – und den Anteil der Sowjetunion am Sieg über den Hitlerfaschismus.

Mehr noch: Politiker und Medien in Deutschland und anderen europäischen Staaten (die u. a. an der Seite Hitlerdeutschlands am 2. Weltkrieg teilnahmen) erdreisten sich, eine Militärparade zum 75. Jahrestag der Befreiung von der Blockade als unmoralisch zu bezeichnen. Wäre eine Kapitulation damals demnach moralischer gewesen? In ähnlicher Weise wurde gefordert, auch das Denkmal der Erinnerung an die Schlacht im Kursker Bogen zu schleifen. Begleitet wird all das von einem Schweigen zum Abtragen von Denkmälern in Europa, die an die Befreiungstaten und an die Helden der Sowjetunion erinnern.

Mit den Lügen über Ursache, Verlauf und Ergebnisse des 2. Weltkriegs wurde auch der Boden bereitet für den Verzicht darauf, Antworten auf konkrete eigene Verantwortung und Ursachen für die begangenen faschistischen Untaten zu geben. Bis heute positioniert sich die Bundesrepublik Deutschland kaum zu dieser Seite der deutschen Geschichte. Eine interessante Fragestellung las ich in der Rezension von Gerhard Henschel¹⁹ über die Neuauflage von Klaus Theweleits „Männerphantasien“²⁰: „In der frühen Nachkriegszeit erklärte man sich den Siegeszug und die Verbrechen der Nazis gerne mit der ‚Dämonie‘ Adolf Hitlers, während für viele orthodoxe Marxisten feststand, daß der nichts weiter gewesen sei als eine Marionette des Monopolkapitals. Doch was hatte den deutschen Faschismus für Millionen Menschen so attraktiv gemacht? Weshalb hatte er Abertausende von Männern in Ekstase versetzt, sich in Marschblöcken auf dem Reichsparteitagsgelände zu formieren? Woher rührte die Begeisterung für Fahneneide, Blutschwüre und den pompösen Totenkult des Regimes, und was ging in den Tätern vor, die das ‚Judenblut‘, wie es in einem ihrer Schlachtgesänge hieß, vom Messer spritzen ließ?“ Das sind mit Sicherheit sehr unbequeme, an das Gewissen gerichtete Fragen. Wie konnte das geschehen? Immer wieder spürt man, daß die Jüngeren auf ihre späte Geburt verweisen und damit für all diese Greuelthaten natürlich nicht verantwortlich zu machen seien. Es geht aber nicht um Verantwortung für die Verbrechen der Nazidiktatur, sondern um die Verantwortung für einen sorgsam Umgang mit der Geschichte. Und die Geschichte eines Volkes enthält nun mal nicht nur positive, sondern auch negative, ja tragische Seiten.

Die Einstellung zur Geschichte beginnt schon mit der Wort- und Begriffswahl, mit dem Umgang mit solchen Begriffen wie Totalitarismus, Diktatur, Unrecht. Mit der Gleichsetzung Stalins und Hitlers, der Kommunisten und Faschisten, von Auschwitz und Stalingrad. Das sind politische Instrumente zur skrupellosen Diffamierung antifaschistischer, ja jeglicher progressiver Ideen, Traditionen und Standpunkte.

Der 2. Weltkrieg wird als Krieg zwischen zwei rivalisierenden totalitären Regimes hingestellt, in dessen Ergebnis eine „dritte Kraft“, die westliche Demokratie, gesiegt habe. Doch mit der Gleichsetzung werden nicht nur Ursachen, Wurzeln und Ziele des Krieges, sondern auch der Kampf zwischen verschiedenen gesellschaftlichen Wertesystemen negiert. Der Sieg über den Faschismus war aber eine entscheidende

¹⁹ „Der ernsthafte Schnack“, „junge Welt“, Feuilleton, 1. April 2020

²⁰ Klaus Theweleit: Männerphantasien, Vollständige und um ein Nachwort erweiterte Neuauflage, Matthes & Seitz, Berlin 2019

historische Zäsur – er bewahrte die Menschheit vor dem Absturz in die faschistische Barbarei.

Der deutsche Faschismus entstand 1919/20 als besonders aggressive Art des Antikommunismus, als Reaktion auf die sozialistische Oktoberrevolution in Rußland. Sein ideologisches Credo, Hitlers „Mein Kampf“, führte alle möglichen Illusionen ad absurdum. Im November 1940 endete der Besuch Molotows ohne das von Hitler gewünschte Ergebnis – eine Beteiligung der UdSSR am zwischen Deutschland, Japan und Italien geschlossenen „Antikominternpakt“. Von einer strategischen Zusammenarbeit mit Hitlers Deutschland konnte keine Rede sein. Moskau sah in der deutschen Initiative eine Provokation, um die Sowjetunion gegen die späteren westlichen Verbündeten in der Antihitlerkoalition auszuspielen, zu isolieren und damit gegen Deutschland allein zu lassen.

Eine mehr als seltsame Rolle spielte das Verhalten Großbritanniens und Frankreichs in den politischen und militärischen Verhandlungen in den Monaten Juni–August 1939 über den Abschluß eines militärpolitischen Vertrages mit der UdSSR. Nicht zu vergessen ist die kategorische Ablehnung sowjetischer Vorschläge zum gemeinsamen Vorgehen gegen die expansive Politik Deutschlands durch Polen. (Anmerkung: Und heute diffamiert die polnische Elite die Befreiung des Landes durch die Sowjetarmee und die Leistungen der 600 000 dabei gefallenen Sowjetsoldaten.) Erinnerung sei in diesem Zusammenhang an den Pakt Hitler-Pilsudski von 1934 und die gemeinsame Nichtangriffserklärung von Großbritannien und Frankreich mit Deutschland im Jahre 1938. London wollte 1939, daß Deutschland und Japan in den Krieg gegen die Sowjetunion treten.

Lügen und Geschichtsfälschung sind ein gefährlicher Nährboden, nicht nur für die Zukunft, sondern – wie es sich gegenwärtig zeigt – bereits für neue Konflikte, Feindbilder und Kriege, ja auch für die zunehmende Zahl von Manövern an der russischen Grenze. Und von welchem Zynismus und kriminellen Geschichtsverständnis zeugt, daß das größte Truppenverlegungsmanöver der NATO „Defender 2020“ um den 8. Mai geplant war, um Krieg gegen das Land zu über, das den größten Beitrag für den Sieg über den Faschismus geleistet und die meisten Opfer zu beklagen hatte? Nur wegen Corona kam es zu terminlichen Verschiebungen. Ein Aufmarsch, an dem sich 19 Länder beteiligen sollten – und wieder mit Europa auf der „falschen“ Seite – dazu noch 37 000 US-Soldaten, von denen 20 000 über den Atlantik eingeflogen werden sollten.

Eine solche Entwicklung steht im krassen Gegensatz zur Krimdeklaration von Winston Churchill, Franklin D. Roosevelt und Josef W. Stalin – den Staatsoberhäuptern der alliierten Mächte Großbritannien, USA und UdSSR – vom Februar 1945. In ihr waren wichtige Entscheidungen für die Nachkriegsordnung getroffen worden.

Dazu gehören folgende Kernaussagen: „Es ist unser unbeugsamer Wille, den deutschen Militarismus und Nationalsozialismus zu zerstören und dafür Sorge zu tragen, daß Deutschland nie wieder imstande ist, den Weltfrieden zu stören. Es ist nicht unsere Absicht, das deutsche Volk zu vernichten, aber nur dann, wenn der Nationalsozialismus und Militarismus ausgerottet sind, wird für die Deutschen Hoffnung auf ein würdiges Leben und einen Platz in der Völkergemeinschaft bestehen.“ Die Erklärung sah vor, daß die drei Mächte bei der Lösung der Probleme des befreiten Europa gemeinsam vorgehen.

„Die Herstellung der Ordnung in Europa und die Wiederherstellung eines nationalen Wirtschaftslebens müssen in einer Weise zuwege gebracht werden, die es den befreiten Völkern gestattet, die letzten Spuren des Nationalsozialismus und Faschismus zu beseitigen und demokratische Einrichtungen nach eigener Wahl zu schaffen.“ Die Geschichte verlief bekanntlich anders und extrem konfrontativ. Um so mehr bleibt der Mai 1945 Zäsur und Mahnung zugleich und auch für uns Deutsche ein Tag der Befreiung, dem wir uns als würdig erweisen müssen.

Das heißt: Alles für den Frieden, gegen den Krieg, für partnerschaftliche Beziehungen mit Rußland!

Das heißt auch: Für den 8. Mai als Staatsfeiertag und für den 9. Mai als Tag der Erinnerung an die Rettung der menschlichen Zivilisation vor der faschistischen Barbarei!

Die Lehren des 2. Weltkriegs sind heute angesichts der die Welt erfassenden Corona-Krise aktueller denn je. Es gilt zu erkennen: Eine solche Pandemie gab es noch nie. Sie kann jeden und alles treffen. Sie macht die Existenz der Menschheit zu einer Schicksalsfrage. Zumal sie mit einer umfassenden Krise des Kapitalismus zusammenfällt. Damit hat diese Krise qualitativ neue, nicht nur biologische, psychologische und soziale, sondern auch gesellschaftliche und geopolitische Dimensionen. Es geht um die Qualität und die Werte des menschlichen Lebens. Und damit stellt sich mit aller Schärfe wieder die Systemfrage. Welche gesellschaftlichen Verhältnisse können den neuen Herausforderungen im Interesse der Menschen gerecht werden? Und wer vermag die Barrieren des kalten Krieges hinter sich zu lassen? Nur dann wird die nachpandemische Welt ein andere.

Bruno Mahlow

(Der Text wurde verfaßt unter Mitarbeit von Tatjana Mahlow.)

Die Corona-Pandemie und die Systemfrage

Es war in der Botschaft Japans in Berlin zu Beginn des Jahres. Die ersten besorgniserregenden Nachrichten aus der Volksrepublik China hatten auch Europa erreicht. Für manchen deutschen Politiker, der der Einladung des Botschafters gefolgt war, schien das aber alles noch sehr weit weg. Takeshi Yagi begrüßte seine Gäste mit herzlichen Worten und bat sie, für Frieden und Verständigung in der neuen Ära zu wirken. Im Vorjahr hatte Kaiser Naruhito den Chrysanthemen-Thron bestiegen, die neue Ära heißt „Reiwa“, was „schöne Harmonie“ bedeutet. Aber vermutlich nicht nur aus diesem Grunde fiel kein unschönes Wort über den Nachbarn jenseits des Ostchinesischen Meeres.

Der deutsche Gastredner Volker Kauder nahm in seiner offiziellen Rede den Gedanken der Harmonie auf. Kauder war ein einflussreicher und mächtiger Politiker, bis vor wenigen Wochen hatte er im Bundestag die Fraktion der konservativen Regierungsparteien CDU/CSU geführt. Und das dreizehn Jahre lang. Er galt als wesentliche Stütze der Bundeskanzlerin Angela Merkel – seine Abwahl als Fraktionsvorsitzender interpretierten Beobachter als Folge des schleichenden Machtverlustes der Bundeskanzlerin. Kauder ergriff also das Wort vor den vielen geladenen Gästen und unternahm eine „Tour d’horizon“, wie das in der Sprache der Diplomatie heißt. Und plötzlich fiel das Wort von der „chinesischen Seuche“.

Der Begriff erschreckte mich. „Seuche“ war aus dem deutschen Wortschatz schon lange verschwunden, man benutzte dafür den neutralen Begriff „Infektion“. Seuche erinnerte zu sehr an Pest und Cholera, an das Jahrhunderte zurückliegende finstere Mittelalter und an die mangelnde Hygiene, die damals dort herrschte. Die Verknüpfung des alten Begriffs „Seuche“ mit der Volksrepublik China war eindeutig abfällig und antikommunistisch und deutlich disharmonisch.

Ich fragte die attraktive Dame in meiner Nähe, ob ich Kauder richtig verstanden hatte. Sie war durch das Zweite Deutsche Fernsehen (ZDF) sehr bekannt und moderierte fast täglich das „heute journal“, eine der wichtigsten Fernsehnachrichtensendungen in Deutschland. Die Frau, so meinte ich, ging zudem mit der deutschen Sprache sehr präzise um und achtete auf Nuancen.

„Hat Kauder wirklich ‚chinesische Seuche‘ gesagt?“, erkundigte ich mich bei ihr.

Sie nickte. Ja, das habe er. Sie musterte mich aufmerksam, denn sie hatte den kritischen Unterton in meiner Frage durchaus wahrgenommen. Daraufhin beeilte

sie sich rasch zu versichern, Kauder habe das gewiß nicht diffamierend oder verunglimpfend gemeint, wie es vielleicht geklungen habe. Sie verteidigte ihn, obwohl es da nichts zu verteidigen gab: Kauder lehnte Beijing und dessen Politik ab. (Wenig später sollte auch sie diese Wendung „chinesische Seuche“ im Fernsehen benutzen. So funktioniert sichtbar die „Meinungsbildung“.)

Der erfahrene CDU-Politiker hatte mit seiner Rede die zwiespältige Politik der Bundesregierung deutlich werden lassen. Auf der einen Seite brauchte Deutschland die Volksrepublik China als Markt und Partner für deutsche Unternehmen, weshalb es in dieser Hinsicht keine Berührungsängste gab. Die Bundeskanzlerin hatte häufiger als jeder andere deutsche Regierungschef vor ihr das Land in Fernost besucht, und stets begleitete sie ein Troß Wirtschaftsfachleute und Konzernvertreter. Die tiefen ideologischen Vorbehalte gegenüber China – und das war die andere Seite – existierten trotzdem weiter. Der Antikommunismus war (und ist) nun einmal wesentliches Element des deutschen Konservatismus. Für die herrschenden Konservativen war jedes Denken außerhalb des christlich- abendländischen Demokratieverständnisses ein Greuel. In dieser Haltung folgte die BRD bedingungslos den USA. Selbst wenn man mitunter Trumps Attacken auf China kritisch beurteilte, verurteilte man sie nicht. Die Vereinigten Staaten bestimmten, was gut und richtig, was falsch und schlecht in der Welt war. Sie setzten die Maßstäbe für „Freiheit und Demokratie“, denen sich die Politik in Deutschland unterwarf.

Darum überraschte es nicht, daß die strengen Maßnahmen, die zuerst in Wuhan und dann in ganz China ergriffen wurden, in Deutschland zunächst scharf kritisiert wurden. Dort zeige sich der kommunistische Staat von seiner repressiven Seite, berichteten die deutschen Medien unisono. Die Menschen dürften nicht einmal die Häuser verlassen, überall werde kontrolliert, es herrsche totale Überwachung. Die Menschenrechte würden mit Füßen getreten, hieß es entrüstet.

Als jedoch der Virus die Ländergrenzen übersprang und die Politik in Europa und im Rest der Welt vor den gleichen Herausforderungen stand wie die chinesische Führung, ließ für einen Moment die Kritik an der Volksrepublik China merklich nach. Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) lobte die ergriffenen Maßnahmen und würdigte, daß China anderen Staaten solidarisch half, was der Volksrepublik internationale Anerkennung eintrug.

Die Kritik im Westen verstummte jedoch nicht deshalb, weil man die auf Veranlassung der Kommunistischen Partei getroffenen Maßnahmen im Nachgang gebilligt

hätte – sondern weil man sich selbst gezwungen sah, mit ähnlicher Konsequenz zu handeln. Kindergärten, Schulen und Universitäten wurden geschlossen, Theater und Museen, Restaurants und Hotels machten dicht, Betriebe stellten die Produktion ein, weil sich Mitarbeiter/-innen infiziert hatten, Busse und Bahnen verkehrten nur noch eingeschränkt, Flugzeuge blieben am Boden und Grenzen wurden gesperrt.

Das gesamte öffentliche Leben brach in Europa zusammen. Viele Menschen verloren – auch in Deutschland – ihre Existenzgrundlage, kleine und mittlere Unternehmen gerieten ins wirtschaftliche Aus. Die Bundesregierung stellte Milliardenbeträge bereit, um den Kollaps zu verhindern. Doch die Soforthilfen, Zuschüsse und Kredite sichern nur für kurze Zeit das Dasein: Was, wenn diese Pandemie und die zu ihrer Bekämpfung ergriffenen Maßnahmen länger dauerten als vermutet und dann Hunderttausende Unternehmen zugrunde gingen? Diese Frage drängte zunehmend nach vorn.

Die Pandemie stelle für die Politik die größte Herausforderung seit dem Zweiten Weltkrieg dar, erklärte Bundeskanzlerin Merkel in einer Fernsehansprache. Damals, im Krieg des deutschen Faschismus gegen die Völker Europas, waren Städte und Betriebe zerstört worden. Millionen Menschen hatten ihr Obdach verloren oder irren heimatlos durch Europa. Es gab nichts zu essen, und es wurde kaum produziert. Die Not machte damals jedoch alle Menschen gleich.

Heute ist das allerdings anders und darum die Situation nicht vergleichbar. Es gibt Vermögende, für die alle Probleme mühelos mit Geld geklärt werden können – sie haben genug davon. Und es gibt auf der anderen Seite sehr viel mehr Menschen, die kein Geld und keine Rücklagen haben, um ihre Existenz zu sichern. Und mitunter endete das Leben – wie schreckliche Bilder aus New York im April 2020 zeigten – in Massengräbern. In einfachen Holzkisten, drei übereinander gestapelt und in langen Reihen, welche anschließend von Planierdraht mit Erde bedeckt wurden.

In Deutschland sah das Elend anders aus.

Da hängten zum Beispiel Privatpersonen für die Ärmsten der Armen Plastikbeutel mit Lebensmitteln an Zäune, weil andere Hilfsquellen versiegt waren.

Auch das Gesundheitswesen stieß an seine Grenzen. In Jahrzehnten waren die Krankenhäuser wie Wirtschaftsunternehmen geführt worden. Alles, was scheinbar unnötig und überflüssig war, wurde eingespart: Personal, Betten, Technik. Die Kranken hießen nicht mehr Patienten, sondern waren Kunden – sie nahmen eine Dienstleistung in Anspruch. Und dabei wurde unterschieden zwischen denen, die privat versichert waren, und jenen, die eine staatliche Pflichtversicherung besaßen.

Man sprach von einer Zwei-Klassen-Medizin, weil die Privatversicherten besser und schneller behandelt wurden als die sogenannten Kassenpatienten. Die Daseinsvorsorge war dem einzelnen und dem Markt überlassen, die Verantwortung des Staates reduziert worden.

Als sich mit der Pandemie die Zahl der Erkrankten dramatisch erhöhte, wurde offenbar, was man in der Vergangenheit im Interesse des Profits eingespart hatte. Es fehlte an Häusern, Betten, Personal, Technik und Medikamenten.

Und gleichzeitig stellte man erstaunt fest, daß man in China innerhalb von Wochen neue Krankenhäuser errichtete, Millionen Mundschutzmasken produzierte (und damit auch noch die Welt beliefern konnte) und auch sonst mit medizinischem Rat und solidarischer Tat anderen Staaten zur Seite stand. Die Weltgesundheitsorganisation würdigte die Leistungen der Volksrepublik als vorbildlich – während in den vermeintlich reichen kapitalistischen Industriestaaten allenthalben Mangel und Notstand im Gesundheitsbereich vorherrschten. Dort überstiegen alsbald nicht nur die Zahlen der Infizierten die chinesischen Zahlen, sondern auch die der Toten.

Nun unterscheidet ein Virus nicht nach Paß und Auskommen, er steckt unterschiedslos jeden an, den er erreicht. Der Unterschied besteht darin, wie die Gesellschaft mit einer solchen Herausforderung umgeht.

Auf einmal stellte sich die Systemfrage wieder. Sie war nie weg. Sie wurde nur nicht mehr gestellt, seit der Sozialismus sowjetischer Prägung in Europa untergegangen war. Und in die propagandistische Ablehnung und Auseinandersetzung wurde der Sozialismus chinesischer Prägung im Westen gleich mit einbezogen. Damit erledigte man aktiv auch jedes Nachdenken über gesellschaftliche Alternativen.

Plötzlich, mit der Pandemie, drängten aber wieder Fragen in den Vordergrund, die man seit langem nicht mehr öffentlich zu stellen wagte: Welches gesellschaftliche System ist das humanere? Wo ist der Mensch der Maßstab aller Anstrengungen? Was ist die sozialere Gesellschaft – der Kapitalismus, dessen treibende Kraft einzig die Profitmaximierung ist? Oder ist es vielleicht doch der Sozialismus, den Fidel Castro einmal eine „artgerechte Gesellschaft“ nannte? Wo sich Produktion an den tatsächlichen Bedürfnissen der Menschen orientierte und nicht an den Bedürfnissen, die man ihnen einredet, um mit deren Befriedigung zu verdienen. Und wo der produzierte Mehrwert, der Gewinn, nicht in den Taschen weniger Aktionäre verschwindet, sondern an alle in gleicher Weise verteilt wird. Und welcher politischen Führung kann man mehr vertrauen – jener, die sich für die Belange der gesamten Gesellschaft verantwortlich fühlt und im Interesse aller handelt? Oder jener, die zu

ihrem eigenen Vorteil und im Interesse einer kleinen Minderheit entscheidet? Einer Minderheit, die über den größten Teil des nationalen und globalen Reichtums verfügt.

Die 42 reichsten Menschen der Welt besitzen zusammen so viel wie 3,7 Milliarden Menschen, also die Hälfte der Menschheit. In Deutschland ist das Verhältnis nicht anders: 45 Superreiche verfügen über so viel Vermögen wie die Hälfte der deutschen Gesellschaft. Glaubt auch nur ein denkender Mensch, daß diese gewaltigen Vermögen ausschließlich durch anständige, normale Arbeit zustande gekommen sind?

Die Systemfrage taucht in den hiesigen Medien auf in der verklausulierten Feststellung, daß das Leben nach der Pandemie gewiß „anders“ sein werde.

„Anders“ sein müsse, denn das kapitalistische System habe in dieser Krise nicht nur seine asozialen Grenzen gezeigt, sondern auch die Sinnfrage menschlichen Lebens gestellt: Der Mensch existiert nicht, um zu produzieren und zu konsumieren, sondern um in Einklang und Harmonie mit sich selbst, mit den Nachbarn und mit der Natur zu leben. Die Solidarität ist wichtiger als der Egoismus, Gemeinsinn nötiger denn Eigensinn. Allein das halte eine Gesellschaft zusammen.

Diese Einsicht ist nicht neu. Sie wurde von vielen klugen Köpfen aufgestellt:

Von Franz von Assisi bis zum aktuellen Papst Franziskus, der sich bewußt diesen Namen wählte, weil er dessen Lebensentwurf für politisch aktuell hielt. Von Jesus bis Gandhi, von Huang Di bis zum Urwaldarzt Albert Schweitzer, von Laozis „Dao de Jing“ bis zur Bibel, von Buddha bis Marx, von Konfuzius bis Xi Jinping.

Ich habe mir in diesem Zusammenhang noch einmal Xis Rede angeschaut, die er auf der Nationalen Konferenz für Hygiene und Gesundheit im August 2016 hielt – lange vor der aktuellen Pandemie. Xi hatte dort auf den dialektischen Zusammenhang von Gesundheitsschutz und gesundheitsfördernden Umweltbedingungen verwiesen.

Und darunter war nicht nur die unmittelbare Schonung der Natur und deren Schutz zu begreifen, sondern auch die Sorge um die Natur des Menschen. Eine kapitalistische Produktionsweise hetzt letzten Endes den Menschen zu Tode, sie verbraucht rücksichtslos alle Ressourcen, von denen der Mensch eine ist. „Eine gute Umwelt ist die Grundlage für die Existenz und die Gesundheit der Menschheit“ erklärte Xi, wobei eben unter „Umwelt“ mehr zu verstehen ist als nur die unmittelbare Umgebung und die Natur. Und zugleich machte Xi auch die Verantwortung deutlich. „Der

Aufbau eines gesunden China ist ein ernsthaftes Versprechen der Partei gegenüber der Bevölkerung“, erklärte der Staats- und Parteichef. Und diesem humanitären Auftrag wolle sich China als „verantwortungsvolle Großmacht“ auch auf internationaler Ebene stellen. Die Volksrepublik sei bereit, auch „bei Auslandseinsätzen in Notfällen“ sich zu engagieren und „die Kooperation in Hygiene- und Gesundheitsangelegenheiten mit den Ländern entlang den Routen der neuen Seidenstraße zu intensivieren“.

Als langjähriger Politiker und Vorsitzender des Ältestenrates der deutschen Linkspartei frage ich mich, ob meine Partei diesen Problemen die angemessene Aufmerksamkeit schenkt. Die Antwort lautet: Nein. Sowohl im Allgemeinen wie auch im Konkreten nicht. Das praktisch-politische Handeln und das theoretische Denken hat nicht das Niveau, daß den aktuellen Herausforderungen – im nationalen und im globalen Rahmen – angemessen ist.

Was für die deutsche Partei DIE LINKE gilt, trifft im wesentlichen auch auf die Europäische Linke zu. Der Untergang des Realsozialismus und der Zerfall der Sowjetunion sorgten nicht nur für Irritationen, sondern auch für einen Niedergang marxistischen Denkens, was bis heute nachwirkt. Das wiederum führte auch zu einer Veränderung in der Haltung gegenüber dem raubtierhaften Kapitalismus. Mut, Entschlossenheit und Solidarität konsequenter solidarischer Kräfte in Europa, aber auch in Lateinamerika wurden erkennbar geschwächt. Von einer Weiterentwicklung des marxistischen Denkens kann nicht die Rede sein.

Die deutsche Linke muß jedoch nicht nur die sozialen Kämpfe in der Gesellschaft und bei der Globalisierung, nicht nur die Gestaltung der Demokratie und die politische Führung analysieren und kritisieren, sondern sie hat auch taktische und strategische Alternativen anzubieten. Dazu müssen sowohl vergangene wie gegenwärtige Erfahrungen in die Überlegungen einbezogen werden. Auch jene, die die chinesischen Genossen aktuell machen. Der Ältestenrat der Linken wird darauf Einfluß nehmen, daß marxistisches Denken wieder stärker in den Vordergrund tritt.

Das ist dringend nötig. Bald werden die chinesischen Kommunisten den 100. Jahrestag ihrer Partei begehen. Hunderte Millionen Menschen sind durch sie aus der Armut befreit worden, die Partei will diesen Weg fortsetzen. Die Armut soll für immer überwunden werden. Diese Aufgabe und die Resultate nötigen nicht nur Hochachtung ab. Sie sollten die europäischen Linken auch ermutigen, sich frei zu machen von Momenten der Anpassung an das kapitalistische System und als Ziel

eine sozialistische Welt formulieren. Das schließt Anerkennung und Achtung auch der chinesischen Anstrengungen für eine harmonische Welt mitein.

Hans Modrow

Dieser Beitrag wurde auf Bitte der chinesischen Akademie für Gesellschaftswissenschaften verfaßt. Die Forschungseinrichtung in Beijing will im Mai 2020 einen Sammelband vorlegen, in welchem sich Persönlichkeiten aus aller Welt zum Thema Corona, der Bekämpfung des Virus und den Folgen äußern.